

# Korrespondenz

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

66. Jahrgang

Berlin, den 10. November 1928

Nummer 90

### Konjunkturfragen des Druckgewerbes

Der Präsident des Statistischen Reichsamts und Direktor des Instituts für Konjunkturforschung, Professor Dr. Ernst Wagemann (Berlin), hatte für die unter Nr. 71 am 4. September d. J. erschienene Festschrift der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ zur 58. Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Köln einen Aufsatz über „Konjunkturfragen des Druckgewerbes“ beigezeichnet, der in seinen Kernpunkten auch der Arbeitererschaft des Druckgewerbes bekannt zu werden verdient. Der Verfasser stellt zunächst fest, daß nach der Betriebszählung von 1925 das gesamte Bervielfältigungsgewerbe (Schriftgießerei, Galvanoplastische Anstalten, reine Buchdruckereien, reine Steindruckereien, Buch- und sonstige Druckereien, Zeitungsverlag und -drucker, Bücher- und -druckerei) in 12 303 Betrieben insgesamt 283 295 Personen beschäftigte. Dem eigentlichen Hoch-, Flach- und Tiefdruck gehören davon 243 186 Personen an, und zwar 14 215 Selbständige (Druckereibesitzer und Betriebsleiter von Druckereien), 844 technische Angestellte, 23 703 kaufmännische Angestellte, 95 049 gelernte Buchdrucker, 26 785 andre Facharbeiter, 73 904 sonstige Arbeiter und 1086 mithelfende Familienmitglieder, dazu kämen noch 7700 Personen aus der Schriftgießerei und Messinglinienerstellung. Im ganzen sind also etwa  $\frac{1}{4}$  Millionen Erwerbstätige im Druckgewerbe vorhanden, was nach Dr. Wagemann rund 2 Proz. der in der deutschen Industrie erwerbstätigen Personen ausmachen würde. Dieser Vergleich scheint uns jedoch im Hinblick auf die tatsächliche Gesamtzahl aller Erwerbstätigen in Deutschland mit bestimmten Berufsverhältnissen, die nach der Volkszählung von 1925 einschließlich der Selbständigen rund 32 Millionen beträgt, viel zu eng zu sein; das Verhältnis der Erwerbstätigen im Druckgewerbe im Vergleich zu allen deutschen Wirtschaftszweigen wäre demnach wie 1 zu 125 oder 0,8 Proz.

Nach Ansicht Dr. Wagemanns geht die Wert schöpfung des Druckgewerbes über den Durchschnitt der industriellen Produktion wesentlich hinaus, „da kaum ein anderer Erwerbszweig im Verhältnis zur Gesamtzahl seiner Arbeitererschaft so viele hochqualifizierte Kräfte beschäftigt“ und die Investition von konstantem Kapital im Druckgewerbe verhältnismäßig so groß ist. Für das Jahr 1927 werden aus Arbeitslohn für Arbeiter und Angestellte im Druckgewerbe insgesamt 550 Millionen Mark berechnet, was einem durchschnittlichen Jahreslohn pro Kopf von 2415 oder 47 M. wöchentlich gleichkommt. Dazu kommen nach den Schätzungen Dr. Wagemanns noch 100 Millionen Mark als Arbeitseinkommen der selbständigen Buchdrucker, Zinsen und Unternehmergewinn. Wieviel von diesen 100 Millionen aus Zinsen und Unternehmergewinn fallen, geht aus diesen allgemeinen Angaben nicht hervor. Berechnen wir zu diesem Zweck zunächst das Arbeitseinkommen der Unternehmer im Druckgewerbe nur mit dem gleichen durchschnittlichen Jahresverdienst wie für die übrigen Erwerbstätigen, so würde dies einen Jahresbetrag von 48 Millionen Mark erfordern. Es verblieben sonach immer noch 52 Millionen für Verzinsung des investierten Kapitals und für besonderen Unternehmergewinn. Berechnen wir das im Druckgewerbe investierte Kapital auf durchschnittlich 1000 M. für je einen Facharbeiter, so ergibt sich eine Gesamtinvestition von rund 480 Millionen Mark. Diese 480 Millionen erfordern bei einem durchschnittlichen Zinsfuß von 8 Proz., 38,4 Millionen Mark. Ziehen wir diese Zinsen für Anlage und Betriebskapital von den vorgenannten 52 Millionen in Höhe von 38 Millionen ab, so bleiben noch 14 Millionen zur

Verteilung als reiner Unternehmergewinn; woraus sich pro Kopf der Selbständigen ein weiterer Jahresbetrag von rund 1000 M. oder zusammen mit dem gleichen durchschnittlichen Jahreseinkommen für Arbeiter und Angestellte der Betrag von 2415 + 1000 = 3415 M. ergibt. Dazu kommen noch die Anteile aus den Kapitalzinsen. Da wir annehmen, daß Dr. Wagemann die erforderlichen Abschreibungen vor Aufstellung seiner Schätzung des Arbeitseinkommens, der Zinsen und des Unternehmergewinns vorgenommen haben dürfte, und die zu verzinsende Kapitalsumme mindestens zu zwei Dritteln auf Kapitalbildung aus dem Druckgewerbe selbst zurückzuführen, also sogenanntes Eigentum der Druckereibesitzer selbst ist, so verbleiben für letztere noch weitere 25 Millionen Mark zur Verteilung; was nach Adam Riese abermals 1758 M. jährlich pro Kopf, wenn auch nur aus Kapitalbesitz, ausmacht. Man sieht also, daß selbst eine sehr zurückhaltende Konjunkturschätzung für jeden Selbständigen im Druckgewerbe durchschnittlich das Doppelte des Einkommens eines nur „Erwerbstätigen“ abwirft. In Wirklichkeit dürften diese Verdienstmöglichkeiten der Selbständigen im Durchschnitt viel größer sein. Denn die von Dr. Wagemann angenommenen 100 Millionen für Arbeitseinkommen der selbständigen Druckereibesitzer oder Leiter, für Zinsen und Unternehmergewinn sind ohne jeden sachlichen Nachweis. Wir haben die Summe nur beispielsweise in vorstehender Weise zu zergliedern versucht, wobei wir jedoch zu Resultaten gekommen sind, die jedenfalls weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Wir glauben nicht, daß Dr. Wagemann für seine Schätzung in diesem Falle die gleiche zuverlässige Grundlage zur Verfügung gehabt hat wie für die Berechnung der Arbeitslöhne. Es dürfte wohl nicht zuviel gesagt sein, wenn wir annehmen, daß Dr. Wagemann mit seiner diesbezüglichen Schätzung sich in Grenzen halten mußte, die ihm von jener Seite gezogen waren, deren Interessen durch einen genaueren Nachweis ins Gebränge gekommen wären. Der Konjunkturforscher kann sich daher höchstensfalls damit zufriedengeben, eine Schätzung vorgenommen zu haben, die vor den Augen des wirtschaftspolitischen Zensors der „Zeitschrift“ gerade noch Gnade gefunden hat. Die Möglichkeit, in dieser Richtung noch tiefer einzudringen, blieb ihm jedenfalls verschlossen; was natürlich nicht seine Schuld ist.

Ergibt sich sonach allein nach Dr. Wagemanns Schätzungen für das Druckgewerbe ein jährlicher volkswirtschaftlicher Reinertrag von etwa 650 Millionen Mark, so ist doch der Gesamtwert der Druckerzeugnisse unter Hinzurechnung der rein sachlichen Herstellungskosten aus Papier und allgemeinen Betriebskosten um noch weitere 600 Millionen Mark größer und beträgt insgesamt 1250 Millionen Mark; woraus sich übrigens ergibt, daß der gesamte Lohnanteil im Druckgewerbe vom Wert seiner Erzeugnisse nur 44 Proz. ausmacht, und nicht 60 bis 70 Proz., wie oft von Prinzipalseite behauptet wird. Zwar lassen sich aus den weiteren Feststellungen oder Schätzungen Dr. Wagemanns über die Produktionsleistungen des Druckgewerbes noch weniger genauere wirtschaftliche Schlussfolgerungen ziehen; sie können höchstens als Versuch gewertet werden, etwas tiefer in das präpolitische Labyrinth des Druckgewerbes einzudringen. Eine relativ geringe Konjunkturempfindlichkeit des Druckgewerbes leitet Dr. Wagemann zunächst daraus ab, daß das Buchdruckgewerbe von allen großen Industriezweigen die geringsten Schwankungen in der Zahl seiner Beschäftigten habe. Das führt er auf die betriebswirtschaftliche Struktur des Gewerbes zurück, in der das Anlagekapital das Betriebskapital, also das konstante Kapital das flüssige Kapital mit 70 bis 80 zu 30 bzw. 20 Proz. übersteige. Das erfordere nicht nur große

Abschreibungsquoten, sondern auch erhöhte Betriebsbereitschaftskosten; zu letzteren zählt er merkwürdigerweise den größten Teil der Löhne. Das ist selbstverständlich ein großer Zirkel des Herrn Dr. Wagemann. Denn die sogenannte Betriebsbereitschaft der Arbeitererschaft im Druckgewerbe beträgt im allgemeinen nur etwa 10 Proz. und wurde besonders in den letzten Jahren durch starke Fluktuation oder Entlassungen und Wiedereinstellungen in fast allen Betriebsarten wesentlich stärker als früher reduziert. Dr. Wagemann weist das nachträglich auch selbst nach, indem er in einer prozentualen Zusammenfassung der Gesamtkosten die festen Kosten für Löhne, Gehälter, Unternehmerlohn, Abschreibungen für Produktionsmittel (Maschinen, Einrichtungen, Gebäude), Steuern und Sonstiges (Material, Versicherungen und allgemeine Betriebskosten) mit insgesamt 70 bis 80 Proz., die variablen Kosten für Löhne und Gehälter aber nur mit 12 bis 17 Proz. berechnet. Von dem „größten Teil der Löhne“ als Arbeitsbereitschaftskosten kann demnach keine Rede sein. Richtig ist vielmehr, was Dr. Wagemann selbst schreibt, daß die betriebswirtschaftliche Struktur des Gewerbes dazu zwingt, Produktion und Beschäftigungsgrad wenn irgend möglich konstant zu halten, was einigermassen gelingt, „weil die Absatzverhältnisse im Druckgewerbe ausgeglichener sind als in den meisten Industriezweigen“.

Den hersehbarsten Absatz der Druckerzeugnisse gliedert Dr. Wagemann in vier Gruppen mit einem Gesamtwert von 560 Millionen Mark. Auf die Ausfuhr entfallen davon 30, auf den Buchverlag 30, auf Zeitungen 300, auf Geschäftspapiere usw. für Handel und Industrie sowie behörbliche Aufträge 200 Millionen Mark. Das Ausfuhrgeschäft des Druckgewerbes wird mit nur 2 Proz. der gesamten deutschen Ausfuhr bewertet und geht nach Dr. Wagemann ohne unvorhergesehene Bewegungen oder Abbrüche des Absatzes vor sich. Auch die Buchproduktion weist nur geringe Schwankungen auf. Sie ergab im Jahre 1926 23 757 Neuererscheinungen, im Jahre 1927 24 866; Neuaufgaben im Jahre 1926 6307 und im Jahre 1927 6160. In allgemeinen Depressionsjahren ist die Zunahme stärker als während sogenannter Aufschwungsjahre; eine Erfahrung, die sich auch sonst für das Druckgewerbe bestätigt. Das Zeitungsgewerbe wird von allgemeinen Konjunkturschwankungen verhältnismäßig wenig berührt, soweit dessen Absatz in Betracht kommt. Dr. Wagemann schätzt den Schwankungsspielraum im Umfang der Zeitungen auf 4 bis höchstens 8 Proz. Selbst im Inzeratengeschäft glaubt der Konjunkturforscher einen Ausgleich zwischen aufwärtsstrebender und rückläufiger Wirtschaftskonjunktur feststellen zu können, indem beide Perioden das Inzeratengeschäft brauchen. Eine noch größere Stabilität wird für die behörblichen Druckaufträge festgestellt, da hier nur bestimmte Saisonschwankungen in Frage kämen. Nur für Geschäftspapiere, Akzidenzen, Preisinserate, Kataloge und Ausstellungsdruke wird eine stärkere Konjunkturbedingtheit angenommen.

Im allgemeinen machen diese Feststellungen Dr. Wagemanns den Eindruck größter Vorsicht. Besondere Gefahrenquellen für die wirtschaftliche Entwicklung des Druckgewerbes konnte er nicht feststellen. Das Resultat seiner Untersuchungen nähert sich teilweise unsern Erfahrungen aus der Praxis des gewerblichen Lebens. Daß er noch nicht tiefer dringen konnte, liegt zweifellos an den auch ihm verborgengeblichen Geschäftsgeheimnissen, hinter denen nicht etwa Verluste, sondern in der Regel ganz andre Betriebsergebnisse verdeckt sind. Trotzdem zeigen die Ergebnisse seiner Forschung, daß das Buchdruckgewerbe nicht auf Sand gebaut ist, sondern sehr gesunde Grundlagen hat.

### Zum Kampf in der Eisenindustrie

Im Lohnstreit der nordwestdeutschen Metallindustrie hat der Schlichter einen Schiedspruch gefällt, der eine Stundenlohnzulage für die Zeitlohnarbeiter um 6 Pf., für die Akkordarbeiter um 2 Pf. je Stunde vorsieht. Der Schiedspruch ist von den Gewerkschaften, obwohl die bewilligten Lohnzulagen weit unter den Forderungen der Gewerkschaften liegen und der Schiedspruch eine ungewöhnlich lange tarifliche Bindung vorsieht (der neue Tarif ist erst im April 1930 kündbar), angenommen worden. Die freien Gewerkschaften haben in einer Erklärung ausdrücklich betont, daß sie sich zur Annahme trotz starker Bedenken wegen der relativ geringfügigen Lohnzulage und der langen Laufzeit des Abkommens entschlossen haben, um der deutschen Wirtschaft einen schweren Wirtschaftskampf, der infolge der Aussperrungsmaßnahmen der Unternehmer bei Ablehnung des Schiedspruchs auch durch die Gewerkschaften unvermeidlich geworden wäre, zu ersparen. Auf Antrag der Gewerkschaften ist der Schiedspruch durch das Reichsarbeitsministerium verbindlich erklärt worden.

Die Unternehmer haben nun trotz der Verbindlichkeitsklärung die Kündigungen nicht zurückgenommen, sondern führen unter Tarifbruch die Aussperrung durch. Die interne Lohnregulierung der nordwestdeutschen Metallindustrie ist von den Unternehmern von vornherein durch Einleitung einer Aussperrungsaktion zu einem sozialpolitischen Generalangriff, durch Preisserhöhungsdrohung der Eisenindustrie im Falle jedweder Lohnserhöhung zu einem großen Wirtschaftskampf von öffentlichem Interesse gestaltet worden. Nunmehr ist durch die Sabotage des verbindlichen Schiedspruchs aus dem Wirtschaftskampf ein politischer Kampf geworden. Indem die Unternehmer Verpflichtungen, die durch Staatsakt für sie bindend sind, brechen, verletzen sie offen geltendes Recht, widersetzen sie sich offen der Staatsautorität. Die Arbeitgeberverbände haben erst vor wenigen Tagen bei der Aussprache im Reichsarbeitsministerium sich grundsätzlich auf den Boden des deutschen Schlichtungssystems gestellt und das Grundprinzip der Schlichtung — Unterwerfung der Vertragsparteien unter das Schiedsgericht — uneingeschränkt anerkannt. Bei der ersten Gelegenheit seht sich jedoch der einflussreichste deutsche Arbeitgeberverband über diese feierlich abgegebene Zusage und über geltendes Recht glatt hinweg. Dieser Rechtsbruch und Wortbruch richtet die Industrie selbst, aber auch sachlich ist die Position der Unternehmer wohl niemals schwächer gewesen als bei der gegenwärtigen Sachlage.

Die Arbeiterschaft ist bei der Arbeitszeitregulierung im Dezember vorigen Jahres jedenfalls nach der Lohnseite hin fast leer ausgegangen. Die Löhne der gelehrten und der ungelehrten Metallarbeiter wurden nur um 2 bzw. 1 Pf. erhöht. Den Verdienstausschlag infolge der Arbeitszeitverlängerung mußte, ferner, die Arbeiterschaft zu 40 Proz. mittragen. Die Arbeiterschaft mußte daher bei Ablauf des Tarifs die Forderung nach einem angemessenen Lohnausgleich erheben, der jedoch von Unternehmerseite gänzliche Ablehnung fand. In dem Lohnkampfe hat, wie immer bei Auseinandersetzungen in der Metallindustrie Rheinlands-Westfalens, die Schwerindustrie die Führung an sich geübt. Bei der übertragenden Nachstellung der Schwerindustrie und speziell ihres sozialpolitisch reaktionären Flügels ist es ihre wohl nicht sehr schwer gefallene, über die verständigungsbedeutenen Kreise in ihren Reihen und in den Reihen der verarbeitenden Industrie die Oberhand zu gewinnen. Wenn jetzt der Arbeitgeberverband nachträglich die Führung des Lohnkampfes durch die Schwerindustrie damit motiviert, daß die Gewerkschaften nur gegen die Hüttenindustrie vorgegangen sind und daher auch bei dieser die Hauptabwehr liegen mußte, so ist eine größere Entstellung der Tatsachen wohl kaum möglich. Die Schwerindustrie hat die Öffentlichkeit schon lange vor der Kündigung des Lohntarifs durch Preisserhöhungspläne benehrt. Sie hat ferner noch vor Beginn der Verhandlungen die Generalaussperrung beschloffen und die Kündigung für die gesamte Belegschaft der Metallindustrie (der Eisen-schaffenden wie der eisenverarbeitenden) durchgesetzt. Bei dieser Sachlage von einer „Abwehr“ der Schwerindustrie zu sprechen, wo in Wirklichkeit der denkbar schärfste Angriff vorliegt, heißt doch allzusehr auf die Gutgläubigkeit der Öffentlichkeit spekulieren.

Die Unternehmer haben ferner während des Lohnkampfes merkwürdig oft und eindringlich beteuert, daß sie sich mit dem System der Tarifverträge abgefunden hätten, daß ihnen an einem Tarifabschluß sehr viel gelegen sei und es sich für sie in dem gegenwärtigen Kampfe nicht um einen grundsätzlichen Angriff gegen Schlichtungsgebräuche und Schlichtungsordnung handle. Zu diesen Erklärungen stehen freilich die Bemühungen der Unternehmer um Sonderregelung in einzelnen Werken in lauffestem Widerspruch. Der Krupp-Konzern hat sich zum Beispiel ganz offen bemüht, mit seiner Belegschaft unter Ausschaltung der Gewerkschaften zu einer Werkvereinbarung zu gelangen, und auch jetzt noch, nach dem Schiedspruch, veruft der Arbeitgeberverband, die Belegschaften gegen die Gewerkschaften auszuspielen. Die „Bergwerkszeitung“ vom 30. Oktober stellt in dem Kommentar zur Ablehnung des Eisen-schiedspruchs durch die Arbeitgeber die kühne Behauptung auf, daß ein sehr großer Teil der Arbeiterschaft Neigung trägt, Sonderangebote der Industrie anzunehmen. — Also auf der einen Seite ein freilich theoretisches Bekenntnis zum Tarifvertragsystem, auf der andern Seite Unterminierung der gewerkschaftlichen Position durch Bemühungen um Werkvereinbarungen.

Die Unternehmer erklären natürlich, daß die Gewerkschaften für alle Folgen, die sich aus dem Schiedspruch ergeben, die Verantwortung tragen. Auch wenn die Unternehmer aus Herantätigkeit und um einer Nachtprobe willen Vertragsbruch begehen und durch ihr Vorgehen die deutsche Wirtschaft aufs schwerste gefährdet wird, trifft hierfür die Gewerkschaften die Schuld. Eine famose Unternehmerlogik. Man konnte nicht annehmen, daß die besonnenen Elemente der Industrie nach der Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruchs, der auf die Industrie weitestgehende Rücksicht nimmt, den Kampf weiterführen und die Verantwortung nicht auf sich nehmen werden, Betriebe, in denen mehr als 200 000 Arbeiter beschäftigt werden, stillzulegen und damit schwere soziale und wirtschaftliche Erschütterungen heraufzubefahren. In diesem Sinne äußerte sich auch die „Kölnische Zeitung“, die man ganz gewiß nicht einer übermäßigen Arbeiterfreundlichkeit verdächtigen kann, die vielmehr ausgesprochen im industriellen Lager steht; sie nimmt zum Schiedspruch in folgender Weise Stellung: „Der Schiedspruch trifft bei allen Enttäuschungen, die er bereiten mag, ungefähr den Schnittpunkt aller wichtigen Kräfte, die bei einem solchen Streit aufeinanderstoßen und Berücksichtigung erheischen. Mit beiden lagern, er ist so abgefaßt und geht so weit, daß beide Parteien, daß vor allem auch verantwortungsbewußte und nichtern denkende Unternehmer sich fragen müssen, ob unter diesen Umständen noch gekämpft und damit ein ungeheurer Aufwand an Kapital, Nerven und Vertrauen, und zwar sowohl sozialen wie staatspolitischen Vertrauens aufs Spiel gesetzt werden muß.“

Die Arbeiterschaft hat das hier geforderte Verantwortungsbewußtsein dadurch gezeigt, daß sie den Schiedspruch, obwohl er ihr große Enttäuschungen brachte, angenommen hat; die Unternehmerschaft hat dieses Verantwortungsbewußtsein nicht aufgebracht und läßt es durch die Aussperrung auf eine Nachtprobe gegen den Staat antommen. Die Schwerindustrie, die Anführerin in dem Feldzug, wird in jedem Falle, wenn sie in der Lohnfrage schließlich doch kapitulieren muß, versuchen, den Kampf für neue Preisserhöhungen auszunutzen, wenn sie auch heute auf einmal die Notwendigkeit der Preisabstufung vor den Eisenverarbeitern und vor der ganzen Öffentlichkeit beteuert.

Niemals hat freilich die Schwerindustrie so unkontrollierbares Material und so wenig stichhaltige Gründe ins Treffen geführt, wie bei ihren Preisforderungen. Die Aufhebung des Zweifelschichtensystems hat der Industrie eine viel geringere Belastung gebracht, als es ursprünglich angenommen wurde. In den ersten Monaten des Jahres 1928 haben sich die Belegschaftszahlen in Rheinland-Westfalen bei unverändert hoher Gesamtzeugung kaum erhöht. Die Preisserhöhungen, die die Eisenindustrie im Januar dieses Jahres mit der Begründung bedeutender Steigerung des Lohnaufwandes infolge der Arbeitszeitverlängerung vornahm, sind ohne Zweifel über die wirklich eingetretene Mehrbelastung erheblich hinausgegangen. Im Mai dieses Jahres hat die Eisenindustrie die Kohlenpreis-erhöhung zum Anlaß einer erneuten Heraufsetzung der Inlandspreise genommen, die von der gesamten Öffentlichkeit die schärfste Mißbilligung erfuhr. Bedauerlicherweise hat damals der Reichswirtschaftsminister gegen diesen Machtstreich nicht eingegriffen.

Die gesamte deutsche Eisenerzeugung hat sich bisher, wenn man die Entwicklung der ersten drei Monate überhaut, noch immer annähernd auf dem hohen Niveau des Vorjahres halten können. Die gesamte Rohstahlerzeugung betrug in den ersten dreiviertel Jahren rund 11,7 Millionen Tonnen, gegen 12,1 Millionen im Vorjahre, die Walzwerke-erzeugung 9,3 Millionen, gegen 9,6 Millionen im Vorjahre. Der Rückgang beträgt also insgesamt noch nicht 3 Proz. gegenüber dem hohen Niveau von 1927. Während aber im Vorjahre der Export im gleichen Zeitraum rund 2,3 Millionen Tonnen betrug, ist er im laufenden Jahre auf etwa 2,7 Millionen Tonnen gestiegen. Der Ausfuhranteil hat sich von etwa 23 Proz. auf fast 30 Proz. erhöht. Das laufende Jahr hat aber auch der Eisenindustrie gleichzeitig mit der Exportausbeugung eine lebensfalls in ihrem Ausmaße unerwartete Steigerung der Ausfuhrerlöse gebracht. Seit Ende vorigen Jahres haben sich die Ausfuhrpreise der wichtigsten Walzwerksprodukte bis zu 25 Proz., seit Mai dieses Jahres im Durchschnitt um 10 Proz. erhöht. Von der Industrie wurde nun im Verlaufe der Lohndiskussion geltend gemacht, daß diese Steigerung der Ausfuhrpreise infolge der Verschärfung des Anteils von Inlands- und Auslandsab-fah keine Steigerung der Durchschnittserlöse gebracht hat, daß vielmehr die Durchschnittserlöse einzelner Produkte sich verringert hätten. Die Angaben weisen im einzelnen starke Widersprüche auf. So wurde zum Beispiel in einer Presse-besprechung von Poensgen vom Stahlklub eine Erhöhter-geuerung für Stabeisen um etwa 2 bis 3 M. zugestanden, während in den späteren Veröffentlichungen der Industriellen für Stabeisen sogar eine Erhöhterhebung behauptet wurde. Unterlagen über die Art der Berechnung usw. sind zu diesen Ziffern nicht gegeben worden, und sie stehen im stärksten Widerspruch zu den Berechnungen, die in der bürgerlichen Presse angeführt wurden, nach denen eine ganz bedeutende Erhöhterhebung eingetreten sein müßte. Nun ist es vielleicht möglich, daß die Steigerung der Ausfuhrpreise sich bisher in den Erlösen noch nicht voll ausgewirkt hat. Es kommt nun aber gar nicht so sehr auf die Frage an, ob und in welchem Ausmaße bereits in den Sommermonaten eine Erhöhterhebung in der Eisenindustrie eingetreten ist, sondern vielmehr auf die Frage, ob im gegenwärtigen Zeitpunkt bei der jetzigen Preislage und bei der jetzigen Ver-

teilung von Inlands- und Auslandsab-fah die Erlöse in der Eisenindustrie über den Erlösen im Zeitpunkt der letzten Preisserhöhung, also vom Mai dieses Jahres, liegen. Und da kann man mit feinerster Rechenkünsten wegstreiten, daß die Durchschnittserlöse, welche die Eisenindustrie jetzt erzielt, sich gegenüber dem Stande vom Mai dieses Jahres ganz erheblich erhöht haben. Unterstellt man, daß im Mai dieses Jahres rund 40 Proz. des Stabeisenab-fahes auf Exportgefahrte und verbliebenen Inlandsab-fah entfiel, und zurecht sich diese Quote sogar bis auf 50 Proz. erhöht haben soll, so erhält man bei Zugrundelegung der inländischen Verbandspreise und der Weltmarktpreise für Stabeisen rechnerisch für Mitte Mai, also nach der zweiten Eisenpreis-erhöhung, einen Durchschnittserlös von etwa 128 M., im Oktober dieses Jahres von 132,50 M. je Tonne; es verbleibt also eine Erhöhung um etwa 4,50 M. je Tonne oder um etwa 3 1/2 Proz. Die Lohnserhöhung durch den Schieds-spruch bringt für die Eisenindustrie nach eignen Angaben eine Mehrbelastung im Lohnaufwand von etwa 2 bis 3 Proz., bei einer freiwilligen Aufbesserung der Akkordbe-dienste entsprechend der Zeitlohnserhöhung von 5 bis 6 Proz. Da der Lohnanteil bei Stabeisen mit rund einem Sechstel der Erzeugungskosten angenommen werden kann, steht also einer Erhöhterhebung um etwa 3,5 Proz. eine Selbstkostensteigerung durch den Schieds-spruch von nur etwa 1/2 Proz., höchstensfalls 1 Proz. gegenüber. Bei der Vielzahl der Walzwerksprodukte kann man natürlich die Entwicklung der Erlöse für den gesamten Absatz nur sehr roh schätzen. Jedoch auch bei einem derartigen Über-schlag kommt man unter Berücksichtigung des Anteils der einzel-nen Walzwerksprodukte am Gesamtab-fah und am Auslandsab-fah zu einer Erhöhterhebung im Gesamt-durchschnitt von etwa 3 bis 4 M. je Tonne Walzwerksergebnis.

Dieser Erhöhterhebung steht nun auf der Selbstkosten-seite keine nennenswerte Erhöhterhebung der Kostenfaktoren gegen-über. Die Kohlenpreis-erhöhung ist durch die Materialerhöhterhebung reichlich abgegolten, die Erpreise haben sich auch kaum erhöht, die Schrottpreise sogar erheblich gesenkt. Die Mehr-belastung durch die Erhöhterhebung der Güterpreisen ist seitens der Industrie stark übertrieben dargestellt worden.

Die Eisenindustrie kann also die geringfügige Lohn-erhöhung ohne weiteres auf sich nehmen. Es ist zu hoffen, daß der Reichswirtschaftsminister sich bei dieser Sachlage mit allem Nachdruck den Preisserhöhungsplänen der Eisen-industrie widersetzt. Er sollte schon jetzt, beziehungsweise nach Prüfung der Unterlagen, unmißverständlich erklären, daß er im Notfall beim Kartellgericht beantragen wird, einen etwaigen Preisserhöhungsbeschuß für nichtig zu er-klären. Es geht nicht an, daß die Industrie jede Lohn-erhöhung, ganz unabhängig von dem Ausmaße der Mehr-belastung und ihrer Eröslage, mit Preisserhöhungen quittiert. Aber auch für die verarbeitende Industrie hält sich der Schieds-spruch in den durchaus tragbaren Grenzen. Unterstellt man für die Maschinenindustrie eine Erhöhterhebung des Lohnaufwandes um 5 bis 6 Proz., oder sogar nach ihrer übertriebenen Schätzungen um 7 bis 8 Proz., so ergibt sich bei einem Lohnanteil von 35 bis 40 Proz. eine Selbstkosten-erhöhung um etwa 2 bis 3 Proz. Diese Selbstkostensteigerung bleibt geringer als die Rohstoffverteuerung, die jede der beiden diesjährigen inländischen Preisserhöhungen den Eisenverarbeitern gebracht hat. Die eisenverarbeitende In-dustrie täte besser daran, ihre Wirtschaftsinteressen gegen die Eisenindustrie zu verteidigen, als mit den Eisen-industriellen eine sozialpolitische Einheitsfront zu bilden und den Freunden Augenbergs, den Herren Reusch, Thyssen usw., politische Vorpostendienste zu leisten.

Aus diesem Lohnkampfe geht jedoch eines mit aller Deut-lichkeit hervor: es ist ein unerträgliches Zustand, daß die Eisenindustrie, die stärkste organisierte Kapital- und In-dustriemacht Deutschlands, bei jeder Auseinandersetzung ihre Machtposition sozialpolitisch mißbrauchen, unbehelligt eine willkürliche Preispolitik treiben kann und damit un-aufhörlich Beunruhigung in das gesamte Wirtschaftsleben trägt. Die Eisenindustrie bedarf einer viel stärkeren staat-lichen Kontrolle, als sie bisher geübt wird, wenn die deutsche Gesamtwirtschaft vor immer wieder neu heraufbeschwore-nen großen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Erschüt-terungen, die deutsche Staatsmacht vor unerhörtem Rechts-bruch und Gewaltstreik der Eisenbarone bewahrt bleiben soll.

### Sozialpolitik und bürgerliches Recht

#### Sozialpolitische Forderungen

Der am 12. November wieder zusammentretende Reichs-tag wird sich mit einer Fülle von sozialpolitischen Fragen zu beschäftigen haben. Die neue Reichsregierung hat durch den Mund des Reichsanwalters Hermann Müller erklären lassen, daß sie die Sozialpolitik der Nachkriegszeit als eine der wichtigsten Probleme unserer inneren Politik betrachte. Als besondere Aufgabe der neuen Regierung wurden von Hermann Müller benannt: die Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens über den Arbeitsvertrag, die Verschärfung des Arbeitschutzgesetzes und eines Berg-arbeitsgesetzes, der sozialpolitische Schutz der Jugendlichen, der Ausbau der Arbeitsaufsicht, die Änderung der See-mannsordnung, die Schaffung eines Tarifvertragsgesetzes, Ausbau der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge, Abse der Reichsversicherungsordnung, Verbesserung der Lage der Kriegsbefähigten und Kriegsinvalidebenen, Ausbau der öffentlichen Wohlfahrtspflege und der Klein-rentnerhilfe, Befreiung der Wohnungsnot durch Beschleunigung des Wohnungsbaues.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in einem Antrag die baldigste Vorlage folgender Gesetzentwürfe verlangt:

- a) Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes, einschließlich des Bergarbeitergesetzes.
- b) Entwurf einer Seemannsordnung, durch die die seemannischen Arbeitnehmer in die Arbeitsgerichtsbarkeit mit einbezogen werden.
- c) Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes.
- d) Entwurf eines Hausgehilfengesetzes.
- e) Entwurf eines Tarifvertragsgesetzes.
- f) Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes.

Zum Ausbau des Schwangeren- und Wöchnerinnen-schutzes wird beantragt, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstage

- 1. einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der im Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft vorgesehene Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz ausgedehnt wird auf die Landarbeiterinnen und Hausangestellten;
- 2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem auf das laut § 195 Absatz 1 Ziffer 3 und Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung zu zahlende Wohngeld ein Zuschuß gewährt wird in dem Fall, daß die Schwangeren während sechs Wochen vor der Niederkunft keine Beschäftigung gegen Entgelt ausüben.

Dieser Zuschuß ist bis zum Tage der Niederkunft zu zahlen in einer solchen Höhe, daß das Wohngeld, zuzüglich des Zuschusses, die Höhe des Grundlohnes erreicht. Auf die Sicherung der Rechte der Arbeiter und Angestellten in der Sozialversicherung beziehen sich die folgenden Anträge:

Die Reichsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzubereiten, der in der Sozialversicherung die Selbstverwaltung nach folgenden Richtlinien herbeiführt:

- 1. Den Versicherern ist der maßgebende Einfluß einzuräumen. Auszugehen ist dabei von dem Zweck der Versicherung, nicht von der Art und Höhe der Beitragsleistung.
- 2. Das Recht der Selbstverwaltung schließt in sich ein, daß die Beamten und Leiter von den Organisationen der Versicherungsträger zu wählen sind.
- 3. Das Aufsichtsrecht des Staates darf nicht zu bürokratischer Bevormundung führen.

Der Hamburger Gewerkschaftskongress hat eine Beseitigung der Mängel der Schlichtungsordnung gefordert und insbesondere die Forderung nach Vereinheitlichung der Sozialversicherung und Stärkung der Selbstverwaltung erhoben. Der Referent zu diesem Thema erklärte, daß daneben der Ausbau der Leistungen nach wie vor vom ADGB dringend gefordert werde.

Reichsarbeitsminister Wißell, der dem Kongress bewohnte, ging bereits in seiner Begrüßungsansprache auf die Frage der Vereinheitlichung der Sozialversicherung ein. Er betonte die Notwendigkeit, die einzelnen Zweige der Versicherung immer näher miteinander zu verknüpfen, sie immer mehr zu gemeinsamer Bekämpfung der Gefahren, gegen die die Sozialversicherung schützen soll, zu verbinden, Nebungsflächen zu vermeiden, das soziale Recht zu vereinfachen und übersichtlicher zu gestalten. Die Vereinigung muß und wird, so erklärte Wißell weiter, Mittel frei machen, die dazu dienen können, die Leistungen der



# Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Georg Ziffer in Köln  
Eingetreten am 11. November 1878 — Jetzt Invalide



Sozialversicherung zu verbessern, die Lücken, die sie noch zeigt, auszufüllen.

Aber die Pläne des Reichsarbeitsministeriums unterrichtet ferner eine Pressenotiz, wonach die vom Reichstanzler Müller benannten Punkte im zuständigen Ministerium zu Vorlagen bearbeitet werden. Hingewiesen sei auch darauf, daß der Entwurf zur Schaffung eines endgültigen Reichswirtschaftsrechts vorliegt und ein solcher über eine Ausdehnung der Unfallversicherung auf Betriebe der Feuerwehren, Krankenhäuser, Laboratorien und auf Schauspielunternehmungen, Tischspiel- und Rundfunkbetriebe. Weiter sollen die Vorschriften über die Entschädigung der Betriebsunfälle auch dann Anwendung finden, wenn jemand, ohne rechtlich dazu verpflichtet zu sein, unter Gefahr für Leben, Körper und Gesundheit einen andern aus gegenwärtiger Lebensgefahr rettet oder zu retten versucht und dabei einen Unfall erleidet. Weiter wird eine Denkschrift vorbereitet über die Einbeziehung weiterer Kreise in die Unfallversicherung.

Wir sehen also, daß eine Fülle von Fragen sozialpolitischer Natur zur Erörterung und Erledigung vorliegen. In welchem Umfange sie in einem die Arbeiterschaft befriedigenden Sinne gelöst werden können, ist natürlich noch nicht abzusehen. Es handelt sich zum Teil um Dinge, die schon seit Jahren in Vorbereitung sind und infolge großer Widerstände nicht vorwärts gebracht werden konnten. Wenn man die Erwartungen auch nicht allzu hoch spannen darf, so ist

doch anzunehmen, daß bei der jetzigen Zusammenfassung des Reichstages auf den besagten Gebieten endlich Fortschritte sich zeigen werden, zumal auch das Zentrum ähnliche Anträge wie die SPD. eingereicht hat.

Die brennende Frage der Erhöhung der Invalidenrenten ist in den Regierungserklärungen nicht direkt berührt. Dennoch wird der Reichstag um die Erörterung dieser Frage nicht herumkommen. Tatsache ist, daß die Arbeitnehmerschaft sich stark mit der Invalidenversicherung beschäftigt und die Versorgung bei Invalidität und Alter als völlig unzureichend betrachtet. Der Zentralverband der Invaliden fordert z. B. in einer Eingabe an den Reichstag u. a. eine Rentenerhöhung durch wesentliche Heraufsetzung des Grundbetrages und des Reichszuschusses, ferner werden höhere Kinderzuschüsse und Gewährung von Invalidenrente bei einer Erwerbsunfähigkeit von wenigstens 50 Proz. verlangt. Unre staatliche Invalidenrente gibt dem Rentenempfänger zurzeit keine volle Existenzmöglichkeit, er ist gezwungen, daneben die Wohlfahrtspflege in Anspruch zu nehmen und auch dann kann man noch nicht von einem ausreichenden Existenzminimum reden. Zu der „Deutschen Invalidenzeitung“ vom Oktober d. J. werden in einem Artikel die Möglichkeiten einer weiteren Erhöhung der Invalidenrenten untersucht. Festgestellt wird, daß die finanzielle Lage der Invalidenversicherung sich gebessert hat. Für 1927 sei ein Überschuß von 283 Millionen vorhanden und für 1928 ein solcher von 320 Millionen zu erwarten. Das Vermögen der Invalidenversicherung werde Ende 1928 rund 1200 Millionen betragen. Da etwa 33 Millionen Mark jährlich erforderlich sind, um eine Rentenerhöhung von 1 M. monatlich herbeizuführen, kommt das Blatt zu dem Refusit, daß eine Rentenerhöhung von 5 bis 6 M. monatlich ohne Beitragserhöhung möglich wäre.

In dem genannten Organ und auch in der Versicherungs-fachpresse wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die jetzige Beitragsstaffelung ungesund ist. Es wird verlangt, daß für die Verdienste über 36 M. wöchentlicher Beiträge gebildet werden, um damit diesen Versicherten höhere Renten zu ermöglichen und im übrigen mehr Mittel herbeizubringen. Die Forderung wird um so dringlicher erhoben, als jetzt die Angestelltenversicherung wieder eine neue Gehaltsklasse mit höherem Beitrag eingeführt hat und damit die Einkommen bis zu 8400 M. jährlich erfährt. Der Höchstbeitrag für Pflichtversicherte beträgt in der Invalidenversicherung 8,66 M. im Monat, in der Angestelltenversicherung 30 M.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Reichstag dieser Forderung Rechnung trägt und neue Beitragsklassen mit entsprechend höheren Beiträgen schafft. Das würde für unsere Kollegen eine stärkere Belastung bringen, da sie ja alle (mit Ausnahme einer kleinen Zahl von Geistes im ersten Gehaltsjahre in der Buchdruckerei) in die höheren Klassen fallen würden.

Auch in dieser Frage wird man gut tun, die Erwartungen auf nachhaltige Verbesserungen nicht zu hoch zu spannen. Angesichts der Unzulänglichkeiten dieses Versicherungszweiges ist es durchaus verständlich, daß die Arbeiterschaft immer mehr das Streben zeigt, durch Ausbau der gewert-

## Unter dem Sozialistengeßel\*

Ich arbeitete in der Lehrdruckerei bis Januar 1884, dann hielt ich es nimmer aus. Am liebsten wäre ich schon im Sommer 1883 losgegangen, aber ich scheute mich doch, meine Mutter mit ihren Sorgen und meiner kaum zehnjährigen Schwester allein zu lassen. Der Gedanke, daß mein Fortgehen, mein Sprung ins Dunkle, der Mutter herzerregenden Kummer bereiten könnte, kam mir zunächst überhaupt nicht. Ich sah nur die große weite Welt offen vor mir und wollte sie kennenlernen. Sinaus! Ich sah mit 18 Jahren aus wie ein Dreiundzwanzigjähriger, denn ich war 1,79 Meter lang und trug einen schmalen, kurzgeschneitten Nackenbart. Jedenfalls sah ich so zuverlässig und vertrauenerweckend aus, daß der Leiter der Kasse der sozialdemokratischen Partei, ein prächtiger Mensch namens Heinrich Huhn, mit dem mich später innige Freundschaft bis zu seinem 1924 erfolgten Tode verbunden hat, mir eine Blechbüchse, die mit einem schmalen Schließ versehen war, anvertraute, um Gelder für die auf Grund des Sozialistengeßels Ausgewiesenen zu sammeln. Ich war kaum aus der Lehre, da war ich schon im vertrautesten Zirkel der Geheimorganisation, und zwar mit Leib und Seele. Den streng verbotenen und von der Polizei eifrig gesuchten „Sozialdemokrat“, der unter dem Sozialistengeßel erst in Zürich und dann in London gedruckt wurde, verbreitete ich von Haus zu Haus an die Abnehmer. Andre Flugblätter half ich austragen von Dorf zu Dorf.

Mehr als einmal kam ich mit zerrißenen Hoseln am Sonntagabend heim, wenn auf den Dörfern die Hunde hinter uns hergehetzt worden waren. In den vertraulichsten Besprechungen nahm ich teil. Glücklicherweise war ich, als mir einmal Grillenberger in Kassel überliefert wurde, damit ich ihn sicher vor den Augen der Polizei an die vereinbarte Stelle bringen konnte. Die Mittelungen, die Wilhelm Pfannkuch, damals Reichstagsabgeordneter für den VI. Berliner Wahlkreis, aus Berlin mitbrachte, verschlang ich förmlich. Aus den Kreisen meiner Berufskollegen wurden mir häufig

Borwütsche gemacht, weil ich als junger Mensch mich zu sehr mit Politik und zu wenig mit Berufsfragen befaßte. Ich suchte deshalb beiden Anforderungen zu genügen, befaßte mich aber nunmehr so, daß ich zu dem festen Entschluß kam, Kassel zu verlassen. Wiederholt war mir bereits die Polizei auf den Fersen gewesen. Einmal waren wir bei einer Zusammenkunft überrascht worden, und zwar in einem Lokal, das sich an der Ecke der Wolfsgasse und der Holländischen Straße befand: dem „Sterreichischen Hof“. Der ausgestellte Posten hatte nicht aufgepaßt, die Tür öffnete sich und herein trat ein uns allen bekannter älterer Schuhmann. „Was geht hier vor?“ — „Wollen Sie mitfeiern? Wir feiern Geburtstag!“ — „Das glaube ich nicht! Ich löse die Versammlung auf. Entfernen Sie sich sofort!“ — Natürlich ließen wir uns das nicht zweimal sagen, hatten wir doch alle die Taschen voll der neuesten „Winte“. Das war ein Instruktionsschriften mit Lehren, wie man sich bei Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Gerichtsverhandlungen als Angeklagter verhalten sollte. Wäre der Schuhmann nicht so polizeiwidrig dumm gewesen, so hätte er uns alle für verhaftet erklärt und um Hilfe geschrien. Wahrscheinlich hat man ihn, nachdem er Meldung erstattet hatte, auch gerüffelt. Da er die meisten von uns dem Ansehen oder dem Namen nach kannte, so wird er wohl auf Befragen einige genannt haben. Ich war auf polizeilichen Befehl gefaßt und instruierte meine Mutter. Sie war mit mir darin einverstanden, daß die wertvollen „Winte“ nicht verbrannt werden dürfen, sie nähte sie deshalb mit erstanklicher Behendigkeit in alle ihre Unterkleider. Natürlich kam sie aus den größten Ängsten nicht heraus, bis ich nach einiger Zeit die kostbare Ware weitergeben konnte. Zwei meiner Kameraden, bei denen man die verbotenen Schriften gefunden hatte, wurden jeder zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt. Der Schuhmann hatte mich nicht denunziert, obwohl er mich gut kannte, wir verkehrten nämlich in der gleichen Kneipe.

Aber die Art unserer geheimen Organisation interessierten vielleicht einige Angaben, weil daraus ersehen werden kann, wie schwer der Sozialdemokratie das Leben unter dem Sozialistengeßel gemacht worden ist, wieweil Dpfermut und Begeisterung damals dazu gehört hat, im Dienste der Partei zu arbeiten. Ich habe an jene Zeiten besonders dann

denken müssen, wenn auch mir in den erregten Tagen nach dem Zusammenbruch des Reiches grüne Zungen in Berlin zubrückten: „Nieda! Nieda mit die Arbeitaverräta! Nieda! Nieda!“ Die Seele unserer Organisation in Kassel war lange Jahre hindurch der in der Heuschelischen Lokomotivfabrik beschäftigte gewesene Metallarbeiter Heinrich Huhn. Er stand in inniger Verbindung mit Wilhelm Pfannkuch, der aber aus guten Gründen außerhalb des rein organisatorischen Betriebes gelassen wurde. Huhn hatte fünf Mann an der Hand, die er innerlich weniger Minuten mobil machen konnte. Von diesen fünf Mann hatte jeder wiederum fünf andre Männer zur Benachrichtigung usw. Auf diese Weise war es möglich, ohne daß eine Liste geführt werden mußte, innerhalb kürzester Zeit viele hundert Mann auf die Beine zu bringen. Hatten wir in aller Vertraulichkeit eine Flugblätter zur Verbreitung fertig, dann war es eine Kleinigkeit, sie ohne große Vorbereitung sofort zur Verteilung zu bringen. Das mußte natürlich abends oder morgens vor Beginn der Arbeit geschehen. Nur ein einziges Mal ist Huhn der Polizei in die Hände geliefert worden, und zwar infolge der unüberlegten Aussage eines jungen Arbeiters, der sein Zeugnis hätte verweigern müssen, wenn er gewissenhaft seine „Winte“ gelesen hätte. Beide mußten wegen Verbreitung verbotener Schriften je zwei Monate Gefängnis abtun. Schlimmer war, daß beide dadurch um ihre Arbeit kamen.

Ein Hauptvergnügen war uns die Zerschlagung der Polizei und Gendarmenrie. Mitunter waren die Landesgrenzen gegen die Schweiz und später gegen England nahezu hermetisch abgeschlossen, um die Einschmuggelung des „Sozialdemokrat“ auf jeden Fall zu verhindern. Wenn dann trotzdem die fällige Nummer im ganzen Reich plündernd verbreitet worden war, haben die Berliner Bonzen natürlich gewütet. Sie sind niemals hinter das Käsel gekommen, wie es möglich sein sollte, Zehntausende von Zeitungen über die Grenze zu bringen, obwohl jedes Grenzloch abgesperrt war. Dabei war die Geschichte so furchtbar einfach. Der „Sozialdemokrat“ wurde vielfach gar nicht im Auslande, sondern im Inlande gedruckt. Als Druckfirma wurden selbstverständlich die ausländischen Druckereien genannt. In diesen Fällen besorgte die deutsche Reichspost die Paketversendungen durch das Reich mit sicherer Pünktlichkeit.

\* Mit Genehmigung des Verlages Carl Meißner in Dresden sowie des Verfassers dürfen wir einige Kapitel aus den Memoiren Schemmings ab, soweit des Verfassers Erfahrungen besonders als Buchdrucker in Frage kommen.

schafflichen Einrichtungen einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Im Rahmen des Möglichen ist diesem Streben in neuerer Zeit von einer Reihe von Gewerkschaften Rechnung getragen worden. Auch in unserer Organisation wird zurzeit eine Umgestaltung unserer Verbandsinvalidenunterstützung lebhaft erörtert. Es ist damit zu rechnen, daß dem nächstjährigen Verbandsrat eine Hofstift von Anträgen nach dieser Richtung vorliegen wird. Bei der Entscheidung über die Frage der Erhöhung der Invalidenunterstützung wird man sich aber nicht nur von seinem sozialen Empfinden allein leiten lassen können. Der Frankfurter Verbandsrat wird dabei zu prüfen haben, inwieweit die sonstigen gewerkschaftlichen Aufgaben damit in Einklang zu bringen sind und in welchem Ausmaß man der Kollegenchaft, als Ganzes gesehen, neue Beitragsopfer zumuten kann. Es wäre wünschenswert, daß in allen Mitgliederschaften eingehend das Thema behandelt würde, und zwar nicht nur nach der Seite der Höhe der Invalidenunterstützungssätze, sondern auch nach der Richtung, welche Beitragserhöhung die Mitglieder für die Erhöhung der Unterstützung zu tragen gewillt sind. Dieses Stimmungsbild müßte den Gauassessoren für die geplante Gauassessorienkonferenz mit auf den Weg gegeben werden. Um so leichter wird dann die Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage sein. P. Lo.

### Korrespondenzen

**Barmen, (Drucker.)** Bieleitigen Wünschen entsprechend wurde unsere Septemberversammlung als Wanderversammlung in Herzpark abgehalten. Nach anderthalbstündiger herrlicher Wanderung wurde die Versammlung kurz nach 10 Uhr durch den zweiten Vorsitzenden H a u s e r s eröffnet. Nach kurzer, herrlicher Begrüßung der Teilnehmer ehrte der Versammlungsleiter den jüngst verstorbenen Kreisassessor Kollegen Heinrich Bistaris (Köln) durch einen kurzen Nachruf, und die Versammelten erhoben sich von ihren Sitzen. Hierauf wurde unter „Mitteilungen“ bekanntgegeben, daß ein Schreiben eingegangen sei, worin sich die Frankfurter Bruderkollegen herzlichst bedanken für die freundliche und interessante Führung durch Barmen gelegentlich ihres „Preis“-Besuches. Dann wurde mitgeteilt, daß Frau Dr. Sonnabend sich in der Arbeitsgemeinschaft an der Volkshochschule bestens empfohlen hält, und es wurde zu reger Teilnahme an deren Kursen aufgefordert. Hierauf wurden die in liebenswürdiger Weise von der Firma Berger & Wirth zur Verfügung gestellten Broschüren „Druckfarben-Technisches“ verteilt, wofür auch an dieser Stelle der genannten Firma gedankt sei. Die geplante Besichtigung der neueröffneten automatischen Balzengießanstalt Firma Berger & Wirth war für den 13. Oktober vorgesehen, mußte aber umständlichermaßen auf einen späteren Termin verschoben werden. Unter „Technisches“ berichtete Kollege Deiderichs über einen interessanten Fall von Autotypien größeren Formats. Dieser soll der Technischen Kommission zur Weiterverarbeitung übergeben werden. Hierbei wurde angeregt, daß sich alle Kollegen viel mehr an den technischen Ausprägungen beteiligen möchten, denn letzten Endes ist dieser Teil doch wohl die Hauptaufgabe der Druckervereinigung, und die Mitglieder mit allen praktischen Vorkommnissen im Beruf bekanntzumachen. Unter „Beschiedenen“ wurde zunächst der Vereinslokalswechsel besprochen und als vorläufiger Versammlungsraum die Wirtschaft Wilhelm Thiel, Stein-

weg 55, vorgeschlagen und für die nächste Versammlung festgelegt. Dann wurde noch vorgeschlagen, in Zukunft öfter solche Wanderversammlungen zu veranstalten, was von der Versammlung gutgeheißen wurde. Mit einem Appell des Vorsitzenden wurde die interessant verlaufene Versammlung geschlossen. — Hierauf wurde der Rückmarsch angetreten.

**Hamburg-Altona.** In der Versammlung am 25. September gab Kollege K u n h l e r den Bericht vom Gewerkschaftskongress. Er beendete seine fünfteiligen Ausführungen unter dem lebhaften Beifall der Versammlung mit der Aufforderung, in Einigkeit und Geschlossenheit für die angenommenen Entschlüsse einzutreten. An der Debatte beteiligten sich die Kollegen F i s t e r, H ü l l e n s, H e r z o g, L e p p e r t und T h o r b a u e r, die teils in zustimmendem, teils in ablehnendem Sinne die gesamte Tagesordnung des Kongresses behandelten. In seinem Schlußwort beehrte sich Kollege K u n h l e r mit den in der Aussprache vertretenen Meinungen. Ein zwangsvoller Zusammenfluß zu Industrieverbänden könne nicht in Frage kommen, das müsse sich alles organisch entwickeln. Das Niveau der Arbeiterchaft im Vergleich zu einer Zeit etwa noch vor 30 Jahren sowohl in geistiger wie in materieller Beziehung habe sich in Deutschland bedeutend gehoben, das sei nicht zu bestreiten. Nachdem Kollege K u n h l e r noch auf verschiedene Äußerungen eingegangen war, verlas er eine in der „Volkszeitung“ erschienene Arbeiterkorrespondenz Nr. 3500 (anonym), in der der Abstimmungsmodus bei der Wahl zum Gewerkschaftskongress stark verächtigt wurde. Unter starkem Beifall der Versammlung wies er diese gemeine Verächtlichkeit zurück, nachdem er noch bekanntgegeben hatte, daß Kollege H ü l l e n s Leiter bei der Auszählung der Stimmzettel gewesen sei und seine Mitarbeiter sich selbst ausgesucht habe.

**Karlsruhe. (Maschinenzeiter.)** Unsere diesjährige Herbstversammlung war sowohl von Karlsruhe wie auch aus den Provinzbrüdern sehr mäßig besucht, was Vorsitzender P r e s t e l bei Eröffnung der Versammlung mit Bedauern feststellte. Bei der Bekanntgabe von Prüfungsangelegenheiten hob er besonders die Heftigkeit der Zentralkommission anlässlich des 25jährigen Jubiläums hervor, womit sich die Zentrale erneut den Dank der Spartenkollegen erworben habe. Zur Aufnahme kamen drei Kollegen. Kollege M i s c h e gab sodann eine Übersicht über den derzeitigen Kasienbestand. Trotz der hohen Ausgaben für das Jubiläum verfügt die Kasse noch über ein nettes Stämmchen. Der Mitgliederstand beträgt zurzeit 129. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Aus der Mitte der Versammlung wurde dem Vorstand für die gute Arrangierung und Durchführung des Jubiläumstages Dank und Anerkennung gesagt. Kollege T i l e von der Technischen Kommission hielt einen kleinen Vortrag über die Neuerungen an der Monotype. Er verstand es, in kurzen, prägnanten Ausführungen den Kollegen von den andern Systemen einen Einblick in die Arbeitsweise und die technischen Neuerungen an der Monotype zu gewähren und näher zu bringen. Beifall der Zuhörer dankte dem Vorsitzenden für seine lehrreichen Ausführungen. In der Aussprache beteiligten sich mehrere Kollegen mit den Ausführungen des Kollegen T i l e und andern technischen Fragen.

**Zena.** Unsere Bezirksversammlung am 7. Oktober erfreute sich eines guten Besuches. Sie wurde durch ein Begrüßungsgedicht vom Gesangsverein „Gutenberg“ (Zena) eingeleitet. Drei verstorbenen Kollegen widmete Vorsitzender T h i e m e einen warm empfundenen Nachruf. Die

Versammlung ehrte ihr Andenken in üblicher Weise. Nach Erledigung der Mitteilungen wurde ein Referat des Kollegen M a c h n e r (Weimar) über den Gewerkschaftskongress gehalten, das guten Anklang fand. Insbesondere behandelte er den wichtigsten Punkt „Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“ in überzeugender Weise. In der Aussprache vertraten einige Oppositionsredner neue Forderungen, obwohl sie, wie von andern Rednern ausgeführt wurde, keine positiven Ausführungen machen konnten. Eine Resolution über sofortige Anbahnung von Lohnverhandlungen wurde gegen fünf Stimmen abgelehnt. Doch soll der Verbandsvorstand ersucht werden, rechtzeitig Vorbereitungen zu treffen. Die Bekanntgabe des Ausschusses eines Jungbrüders aus der Lehrlingsabteilung wegen räuberischen Verhaltens entziffelte noch eine erregte Diskussion.

**Offenbach a. M.** Unsere Bezirksversammlung am 15. Oktober hätte im Hinblick auf den auf der Tagesordnung stehenden Vortrag einen bedeutend besseren Besuch verdient. Aber es gibt immer noch Kollegen, sogar alte, die für allen Klimbim Zeit übrig haben, nur nicht für Versammlungen. Hoffentlich wird dieser Hinweis genügen, um denjenigen, die es angeht, einmal das Gewissen zu schärfen. Wir brauchen nicht nur Papierkolben, sondern auch Mitarbeiter, nicht nur einen arbeitsfreudigen Vorstand, sondern auch eine tatbereite Kollegenchaft. Die Versammlung befähigte sich zunächst mit einer lokalen Angelegenheit. Der Arbeiterwohlfahrt wurden für einen abzuhaltenden Basar 50 M. zugewilligt, ebenso dem Ortsausschuß Wülshheim am Main des ADGB. 10 M. Unabdingt lauschte man dann den Ausführungen des Kollegen K u h n über „Die Einrichtungen der Ortskrankenkasse“. Die anderthalbstündigen Ausführungen wurden mit reichem Beifall aufgenommen, was bewies, daß sie auf guten Boden gefallen waren. Hoffentlich werden wir noch öfter Gelegenheit haben, den Kollegen K u h n zu hören. Einige Anfragen wurden in zufriedenstellender Weise vom Referenten beantwortet. Nachdem dann noch auf einen Filmvortrag zur Augenblinde hingewiesen, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Osnabrück. (Handzeiter.)** Am 29. September hielt unsere Vereinigung ihre B i e r t e i l j a h r s v e r s a m m l u n g ab. Vorsitzender T h e e r s erstattete den Vorstandsbericht. Hieraus war zu entnehmen, daß in diesem Winter bei genügender Beteiligung ein Sachberechnungskurs veranstaltet werden soll. Von weiteren Veranstaltungen soll Abstand genommen werden, da die Lehrlingsabteilung in den kommenden Winter eine vollständige Vortragsreihe mit sorgfältig ausgewählten Themen aufgestellt hat, woran die Gehilfenchaft teilnehmen soll. Die Vorträge behandeln das Gebiet der Geschichte, Literatur, Astronomie, Volkskunde, Naturwissenschaft, Handelswissenschaft, Wirtschaftsgeographie und Sprachkunde und finden statt im Physik- und Zeichenaal der Bachschmidt-Schule. Des weiteren gab der Vorsitzende bekannt, daß der Vorstand beschloßen hat, der Walschinersevereinigung zu ihrem 25jährigen Stiftungsfest eine silberne Plakette mit Widmung zu verehren. Den Kassierbericht gab Kollege K e b e s. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Sodann gab der Vorsitzende einen eingehenden Bericht vom Rheinisch-Westfälischen Handzeitertag in Köln. Er betonte, daß diese Tagung eine machtvolle Kundgebung der Handzeiterbewegung gewesen sei. Sodann wurde noch über verschiedene Anträge Bescheid gesagt, die der nächsten Bezirksversammlung unterbreitet werden sollten. Die Anträge sind inzwischen von der Bezirksversammlung angenommen worden. Unter „Beschiedenen“ wurden noch örtliche Angelegenheiten verhandelt.

Als in Kassel der Versuch gemacht wurde, trotz Sozialistengesetz und trotz unerwartungswürdigen Armut ein sozialdemokratisches Blatt herauszugeben, war ich natürlich vom ersten Tage an dabei. Das war 1886. Die Drucker waren zwei Kollegen namens Ebert und Niebus. Als Lokal wurde ein Konditoreiladen gemietet, Ecke Weißer Hof und Krillierstraße. Durch eine spanische Wand wurde das „Etabliement“ in zwei Teile geteilt: die Seherei und die Druckerei. Vor der Papierwand stand ein Labentisch. Die „Redaktionsräume“ wurden dadurch hergestellt, daß ein Rappdeckel auf einen Sechstelton gelegt, die Seherei aus der Schulade des Labentisches und ein Kleidertopf von der Druckmaschine genommen wurde. Das Falzen der Zeitungen sowie die gesamte Expedition wurde auf dem Labentisch erledigt, an dem wir auch frühstückten. Die Druckmaschine, die wir abwechselnd mit der Hand drehten, war gepumpt und bald vor jedem brutalen Zugriff Unberechtigter durch die reichende Stempelmarke eines königlich preussischen Gerichtsvollziehers geschützt worden.

Gegenüber unserer Druckerei, Expedition und Redaktion, also jenseits des Tüppermarktes, hatte Wilhelm Pfannkuch einen Zigarrenladen, von dem er zwar nicht leben konnte, in dem er aber von früh bis spät Klünste aller Art geben mußte. Hatte er durch seine Klünste den Fragesteller befriedigt, dann war es üblich, daß ihn der gute Freund bis zum nächsten Tagtag um einige Zigarren anpumpt. Diese nächsten Tagtage hat Pfannkuch nur ausnahmsweise erlebt. Hatte seine Klünst nicht befriedigt, das heißt, wenn er dem Fragesteller nicht hatte recht geben können, dann machte der Anzweifler geräuschvolle Reklame für Pfannkuch: seine Klünste seien genau so schlecht wie seine Zigarren. In diesem Laden rang Pfannkuch sich hin und wieder einen Artikel für unser Blatt ab.

In der Regel wurden die Artikel für den „Volksfreund“ der „Vossischen Zeitung“ entnommen, die auch fast den ganzen übrigen Stoff stellen mußte. Außer der Tante Voss wurde noch die „Frankfurter Zeitung“ gehalten, aus der wir uns die „Originalberichte“ aus dem Reichstage nahmen. Einige sozialdemokratische Blätter waren uns gratis überwiesen worden, da diese aber ihre „Originalberichte“ zumeist auch den genannten Zeitungen entnommen hatten, kamen sie als Quellen für uns nicht in Betracht.

Offiziell war bei uns Heinrich Zappay, der später in Brandenburg gestorben ist, Redakteur. In Wirklichkeit arbeiteten wir alle an der Redaktion mit. Übrigens hielt jeder einzelne von uns sich für viel gescheiter als alle andern zusammen. Das Blatt glied sich denn auch häufig genug dem berühmten „Arizona Rider“. Einmal gab es in der Redaktion eine ernsthafte Pufferei, die begrifflicherweise schnell in die Seherei und Druckerei hinüberfiel. Ich hatte vor dem jenseits gelegenen Ausspannungswirtschaft „Weißer Hof“ eine lustige Szene von meinem Fenster aus beobachtet und darüber gleich einen Lokalkartikel geschrieben, ohne ihn zuvor zu Papier zu bringen oder darüber zu reden. Auf einem bäuerlichen Leiterwagen hatte man eine truntre Bäuerin herbeigefahren, die nun unter großem Hallo der Zuschauer abgeladen wurde. Die Angehörigen der Bäuerin waren ausnahmslos in höchst vernünftiger Stimmung, so daß die Szene ungemein lustig war — ein lebendig gewordenes Bild von Jan Steen. Alles spielte sich, wie gesagt, ohne jede Roheit ab. Als unser Chef diese Notiz in dem fertigen Blatte las, machte er Krach. Ich wurde natürlich gegen diese Tyrannie des Chefredakteurs von den übrigen Kollegen in Schutz genommen, wir ließen uns einige Krüge Bärenhammer-Bier holen und sangen Freiheitslieder. Wir schworen: Eine Grenze hat Tyrannenmacht!

Abends von 6 bis 12 Uhr feierten wir in der Nachbarschaft Verzöhnung. Am nächsten Morgen knobelten wir aus, wer die Redaktion machen mußte, denn unser Chef, so ließ uns seine Frau sagen, müsse sich in der vergangenen Nacht furchtbar erkältet haben, er sei überhaupt nicht munter zu kriegen. Schlimm waren die Tage, an denen weder Abonnementsgeld gebracht wurde, noch ein Inserat kam. Zwar tat uns jeder verstorbenen Freund und Abonnent leid, aber, die Wahrheit über alles, jede Todesanzeige brachte doch mindestens 15 Groschen und gerade die gebrachten wir täglich deshalb so dringend, weil das Papier für die Auflage des Blattes jeden Vormittag in der Papierhandlung von van der Linde & Neubert geholt und bar bezahlt werden mußte. Ein toter Abonnent war uns also in bestimmten Situationen wertvoller als ein lebendiger. Jedenfalls wurde der Schmerz um einen Verstorbenen wesentlich gemildert durch die paar Groschen für die Todesanzeige. So war es denn kein Wunder, daß wir alle die

Hälfe rekten, sobald die Tür ging, damit wir schnellstens erfrühen, wieviel Kasse gemacht wurde, ob wir selbst schließlich auch einmal ein paar Groschen bekommen könnten.

Nur an einer Stelle hatten wir unbeschränktes Kredit, das war eine Kneipe in der Nähe, die ein ganz vorzügliches Bier verzapfte. Wenn es tagelang kein Geld gab, dann stellte uns der „Herr Buchdruckerbesitzer“, der brave Genosse Ebert — sein Kompanion war schon nach vierzehntägigen Wetzen des Unternehmens davonlaufen — Bons aus auf 10 oder 20 Krüge Bier. Ein Krug war gleich ein Liter, der damals 25 Pf. kostete. Obgleich der Gastwirt Tag für Tag schwur, daß er nur am Bier, nichts aber an den Speisen verdiene, gab er uns für die Bierbons trotzdem mitunter auch Speisen und Zigarren. Als wir wieder 15 Groschen für Papier noch 5 Groschen für Schmieröl, keine Farbe und auch keinen Bierbondbreit mehr hatten und nahezu der letzte Abonnent gestorben oder davongegangen war, hielten wir mit Pfannkuch erste Beratung. Es war die höchste Zeit, daß wir in Eilen und Schönheit starben „als Opfer des Bismarckschen Schandgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“. Ohne eine Miene zu verziehen, griff Pfannkuch in ein Schubfach und zog einen Artikel heraus, der schon in mehreren Stücken das sofortige Verbot anderer Parteiblätter herbeigeführt hatte. „Soviel Papier habt ihr hoffentlich noch, daß ihr den Artikel morgen drucken könnt, wenigstens für die Polizei und die Landesbibliothek?“ — „Ja, Maschinentypen sind genug da.“ 48 Stunden später traten wir alle pünktlich in „Volksfreund“-Etabliement an, in banger Furcht, daß der Artikel von der hohen Polizei oder der noch höheren Staatsanwaltschaft vielleicht übersehen sein könnte, wir also nicht in Eilen und Schönheit starben, sondern ganz herkömmlich und schädig dem Mitzeiger zum Opfer fallen müßten. Da sahen wir über den Pfah die Botin kommen, die die „Frankfurter Zeitung“ brachte. Wir atmeten auf, denn die Frankfurter enthielt das Telegramm, demzufolge der „Volksfreund“ in Kassel auf Grund des Gesetzes usw. verboten worden sei. Gott sei Dank! Unsere Schnjucht war erfüllt, wir waren wirklich brutal unterdrückt worden! Wir haben das Ereignis gütigend geseiert und ich darf sagen, daß wir den „Volksfreund“ gründlich beiseite gesetzt haben. (Schluß folgt.)



